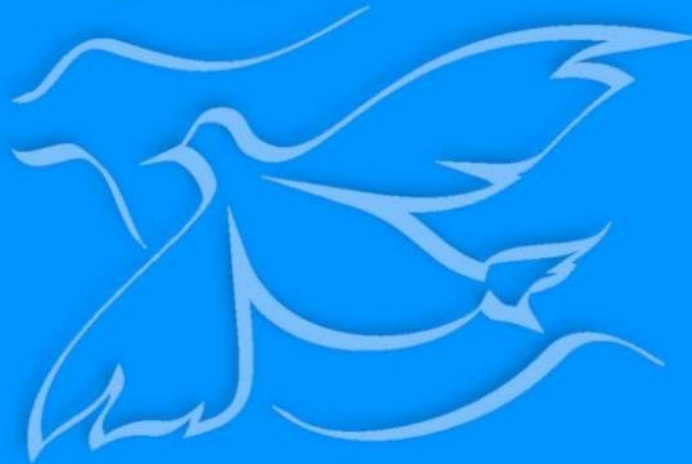


Was wollen Reiner Braun und die Mitunterzeichner der Erklärung "Kernforderungen zum Frieden und gegen den Krieg", die wir hier nachdrucken und kommentieren, eigentlich erreichen?

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 083/20 – 07.10.20

Kernforderungen zum Frieden und gegen den Krieg



**Aus der Mitte der Friedensbewegung kommt eine Erklärung
mit 10 konkreten Forderungen.**

(<https://weltnetz.tv/story/2401-kernforderungen-zum-frieden-und-gegen-den-krieg>)

„Frieden ist die ultima ratio“ (Willy Brandt)

Für diese Ziele lohnt es sich, sich zu engagieren, zu streiten, zu demonstrieren und zu regieren – auf der Straße, im Parlament und in Regierungen.

Es handelt sich um friedenspolitische Kernforderungen aus der Friedensbewegung für vielfältige außerparlamentarische Aktionen und parlamentarisches sowie Regierungshandeln. Jede dieser Kernforderungen bedarf eines umfassenden Begründungs- und Argumentationszusammenhangs.

Kernforderungen:

1. Frieden in Europa ist nur mit Russland möglich. Wir treten ein für eine Politik des Dialoges, der Entspannung und Verständigung auch mit Russland. Ziel sollte eine neue europäische Friedensordnung sein, die auf Kooperation und Abrüstung basiert. Ein Helsinki 2 Prozess, der in einer neuen europäischen Friedenscharta mündet, könnte diesen Prozess fördern. Dieser Prozess der Zivilisierung der Politik wird verbunden mit einem Prozess des Rückzugs aus der NATO. Deutschland tritt aus den militärischen Strukturen der NATO aus.

2. Abrüstung ist ein Kernelement der Friedenspolitik. Der Verteidigungsetat sollte ab 2021 jedes Jahr um 10% gekürzt werden, alle Neuanschaffungen von Waffen werden gestoppt. Die freiwerdenden Ressourcen werden

- für ein umfassendes Konversionsprogramm zum Abbau der Rüstungsindustrie,
- für den Ausbau des Gesundheitssystems,
- für Hilfe für Selbsthilfe für den globalen Süden zur Verfügung gestellt,
- für eine umfassende und solidarische Flüchtlingspolitik genutzt.

Deutschland entwickelt gemeinsam mit anderen Ländern eine Initiative für eine Kampagne zur weltweiten Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 10% jährlich zur Realisierung der SDGs (Sustainable Development Goals).

3. Eine Welt ohne Atomwaffen ist das Ziel. Als ersten Schritt dahin wird der TPNW (Atomwaffenverbotsvertrag) umgehend unterzeichnet und ratifiziert. Das Abkommen über die Stationierung der US-Atomwaffen wird gekündigt, so dass diese Atomwaffen in spätestens 12 Monaten abgezogen werden müssen. Die 45 neuen Atomwaffen tragende F 18 Kampfflugzeuge für ca. 8 Milliarden Dollar werden nicht angeschafft.

4. Deutschland steigt aus dem Programm zum Leasen und zur Beschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen aus und übernimmt die Initiative für eine Intensivierung der Verhandlungen über eine weltweite Kampfdrohnenverbotskonvention.

5. Rüstungsexport wird per Gesetz verboten.

6. Alle Auslandseinsätze werden per Beschluss des Deutschen Bundestages beendet und ein verantwortbarer aber schneller Rücktransport eingeleitet.

7. Das Stationierungsabkommen mit den Vereinigten Staaten über US - Militärbasen wird umgehend gekündigt. Für die freiwerdenden Flächen wird ein umfassendes Infrastruktur-Konversionsprogramm unter Beteiligung der Kommunen, der Gewerkschaften und der Friedensbewegung erarbeitet.

8. Eine zivile Kommission erarbeitet ein Konzept der Neustrukturierung der Bundeswehr, als defensive Verteidigungsarmee entsprechend dem Grundgesetz. Strukturen wie die KSK werden umgehend aufgelöst.

9. Als zentraler Partner in der EU setzt sich Deutschland für eine Friedenspolitik der EU als Teil europäischer Friedenspolitik ein. Dies beinhaltet, dass PESCO, die Europäische Verteidigungsagentur, die Finanzierung europäischer Rüstungsforschung, die Unterstützung militärischer Beschaffungen und die Finanzierung militärischer Einsätze umgehend beendet werden. Deutschland steigt aus Frontex aus. In Zusammenarbeit mit der internationalen Friedensbewegung wird ein Konzept Zivilmacht EU erarbeitet.

10. Alle Institutionen der zivilen Konfliktbearbeitung, der Friedensforschung, des Friedensdienstes, etc. werden materiell deutlich gestärkt und ausgebaut.

Frieden verlangt aktives Handeln und Bewegung. Deswegen setzen wir uns für eine eigenständige gesellschaftliche Förderung der Friedensbewegung ein.

Berlin/Bremen/Frankfurt/Essen/Düsseldorf | 15.September 2020

Reiner Braun, Berlin, International Peace Bureau, Kampagne Stopp Airbase Ramstein

Kristine Karch, Düsseldorf, Co-Sprecherin des internationalen Netzwerkes „No to war-no to NATO“

Ekkehard Lentz, Bremen, Sprecher Bremer Friedensforum

Pascal Luig, Berlin, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss)

Willi van Ooyen, Frankfurt/M. Aktivist der Friedens- und Sozialforumsbewegung, Bundesausschuss Friedensratschlag, Ostermarschbüro

Karl Heinz Peil, Frankfurt/M. Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., verantwortlicher Redakteur des ‚Friedensjournal‘

Prof. Dr. Werner Ruf, Edermünde, Kasseler Friedensforum

Bernhard Trautvetter, Essen, Mitbegründer Netzwerk Schule ohne Bundeswehr NRW, Sprecher Essener Friedensforum, VVN-BdA

Die Erklärung basiert auf dem Aufruf, der bisher von 1245 Personen unterzeichnet wurde und für den weiterhin Unterschriften auf www.frieden-links.de gesammelt werden.

(Damit sie besser aufzufinden sind, haben wir die Passagen, auf die wir in unserem Kommentar Bezug nehmen, im oben abgedruckten Originaltext der Erklärung unterstrichen.)

Unser Kommentar

Fünf der acht Unterzeichner dieser Erklärung gehören dem Koordinierungskreis der Kampagne Stopp Air Base Ramstein an: Reiner Braun, Kristine Karch, Ekkehard Lentz, Pascal Luig und Karl Heinz Peil (s. <https://www.ramstein-kampagne.eu/ueber-uns/>). Willi van Ooyen, Prof. Dr. Werner Ruf und Bernhard Trautvetter sind über andere Initiativen oder Aktivitäten in den Kreis um Reiner Braun eingebunden. Dieser relativ kleine, eng verzahnte Personenkreis erhebt für sich den Anspruch, für "die Mitte der Friedensbewegung" zu sprechen.

Mit der "1. friedenspolitischen Kernforderung aus der Friedensbewegung" soll ein "Prozess des Rückzugs aus der NATO" gestartet werden, der zum "Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO" führen soll. Diese Forderung stammt aus dem Antrag "Die NATO durch ein kollektives System für Frieden und Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands ersetzen", den die Fraktion der Partei DIE LINKE im Juni 2016 in den Bundestag eingebracht hat und der erwartungsgemäß abgelehnt wurde; Warum darin die im Nordatlantikvertrag vom 04.04.1949 nicht vorgesehene Auflösung der NATO anstatt des jederzeit möglichen Austritts aus der NATO gefordert wurde, haben wir unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08516_050716.pdf bereits ausführlich untersucht. Mit diesem Antrag wollte die Partei DIE LINKE stattdessen "den Austritt aus den militärischen und Kommandostrukturen der NATO" erreichen (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP19917_221217.pdf).

Im Februar 2017 wurde übrigens auch der Antrag "US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen" der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE abgelehnt, mit dem wir uns unter https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP05117_030417.pdf beschäftigt haben.

Unter 7. wird "in der Erklärung aus der Mitte der Friedensbewegung" gefordert: "Das Stationierungsabkommen mit den Vereinigten Staaten über US-Militärbasen wird umgehend gekündigt." Uns ist kein "Stationierungsabkommen" bekannt, das nur für die US-Militärbasen in der Bundesrepublik gilt. Die Stationierung ausländischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland ist ausschließlich durch "den Vertrag über den Aufenthalt ausländi-

scher Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland" vom 23.10.1954, der seit Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages (s. <https://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/zwei-plus-vier-vertrag/>) mit einer Frist von nur zwei Jahren gekündigt werden kann, sowie durch das NATO-Truppenstatut und das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut geregelt, die beide ebenfalls mit einer Frist von nur zwei Jahren zu kündigen sind (Erläuterungen auch dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP08516_050716.pdf).

Auch diese Forderung nimmt ein Anliegen der Partei die LINKE auf, das im Oktober 2019 mit dem Antrag "Abzug der US-Soldaten aus Deutschland" in den Bundestag eingebracht wurde (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP12919_081119.pdf), Darin wurde zwar gefordert, "den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik nach Punkt 3 der Vereinbarung der Vertragsparteien vom 25.9.1990 sowie das NATO-Truppenstatut nach Artikel XIX zu kündigen und zu erwirken, dass alle ausländischen Truppen innerhalb der Kündigungsfrist die Bundesrepublik verlassen" – der jederzeit mögliche Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO wurde aber wieder nicht thematisiert. Stattdessen wurde auch in diesem Antrag nur verlangt, "den Austritt der Bundesrepublik aus der nuklearen Teilhabe der NATO zu erklären und den sofortigen Abzug der US-Atombomben zu erwirken". Unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP01320_160220.pdf ist nachzulesen, mit welchen Begründungen Vertreter anderer Parteien auch diesen Antrag abgeschmettert haben.

Die Unterzeichner dieser Erklärung müssen sich fragen lassen, warum sie bezüglich des Abzuges ausländischer Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland nur Forderungen stellen, die nahezu identisch mit Forderungen der Partei DIE LINKE sind? Die Friedensbewegung darf nicht noch einmal als Wählerreservoir für eine Partei missbraucht werden, wie das beim Marsch der GRÜNEN in die Parlamente geschehen ist.

Am Ende dieser Erklärung wird den Lesern sogar nahegelegt, einen "Aufruf aus der Friedensbewegung an die Partei DIE LINKE" (s. <https://frieden-links.de/>) zu unterschreiben, in dem sich darüber beklagt wird, dass Dietmar Bartsch, der Co-Vorsitzende der Fraktion der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag, nicht mehr die Auflösung der NATO fordern und künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht mehr generell ablehnen will, um DIE LINKE kompatibel für eine Koalition mit den GRÜNEN und der SPD zu machen, als sei das nach der nächsten Bundestagswahl eine realistische Option. DIE LINKE wird mit diesem Aufruf nur aufgefordert ihre bisherige halbherzige, äußerst widersprüchliche "Friedenspolitik" fortzusetzen. Dabei wird großzügig übersehen, dass die Parteiführung der LINKEN bisher alles getan hat, um die Friedensbewegung zu spalten und von den beiden zentralen Forderungen Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und Austritt aus der NATO abzubringen, die sich in der griffigen Formel "NATO raus und raus aus der NATO!" zusammenfassen lassen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP19917_221217.pdf).

Weil die meisten der Unterzeichner dieser "Erklärung aus der Mitte der Friedensbewegung" dem Koordinierungskreis der Kampagne Stopp Air Base Ramstein angehören, möchten wir auch auf deren bisherige Entwicklung hinweisen. Diese Entwicklung und die nach unserer Meinung dabei aufgetretenen Probleme haben wir ausführlich in den unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP00318_050118.pdf, http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP10518_180718.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP00119_020119.pdf aufzurufenden LUFTPOST-Ausgaben dargestellt.

Herausgreifen möchten wir hier nur ein Fazit aus der letzten im vorherigen Satz verlinkten LUFTPOST 001/19: Dieses Fazit ist auf Seite 5 unten dieser LUFTPOST zu finden und lautet:

"Bisher haben wichtige Weichensteller der Kampagne Stopp Air Base Ramstein noch nicht genug getan, um den von der Vorbereitungskonferenz beschlossenen Antrag zur Kündigung des Truppenstationierungsvertrages tatsächlich zu einer zentralen Forderung der deutschen Friedensbewegung zu machen."

Wer die Tragweite dieses Fazits ganz erfassen will, muss S. 1 unten bis S. 5 unten der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP00119_020119.pdf aufzurufenden LUFTPOST noch einmal ganz lesen. Mit seinem Verhalten hat sich der Koordinierungskreis der Kampagne Stopp Air Base Ramstein eindeutig über einen Beschluss hinweggesetzt, den die Planungskonferenz der Kampagne Stopp Air Base Ramstein am 28.10.18 in Frankfurt gefasst hat und den wir hier nochmals abdrucken:

"Der beste Weg, ein Ende der Air Base Ramstein zu erreichen, ist die Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (vielfach auch Truppenstationierungsvertrag genannt). Wir fordern von Bundesregierung und Bundestag: Kündigt den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend der vertraglich vereinbarten Frist von 24 Monaten, damit alle militärischen Einrichtungen von USA und NATO auf dem Boden der Bundesrepublik innerhalb von zwei Jahren aufgelöst werden – darunter die Kriegsdrehscheibe Ramstein mit ihrer Drohnen-Relaisstation, EUCOM, AFRICOM, die NATO-Kommando-Zentrale in Kalkar wie auch die Lagerstätten der US-Atomwaffen. Beendet so die grundgesetz- und völkerrechtswidrige Kriegspolitik der USA von deutschem Boden aus."

Dass Weichensteller der Kampagne Stopp Air Base Ramstein weder die Kündigung des so genannten Truppenstationierungsvertrages noch den Austritt aus der NATO wirklich wollen, geht auch aus einer im Web-Magazin Rubikon ausgetragenen Kontroverse hervor, mit der wir uns unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14618_121118.pdf beschäftigt haben.

In seinem Artikel "Frieden mit Russland" schreibt Klaus von Raussendorff vom Deutschen Freidenker-Verband: "Dazu müsste die deutsche Regierung vom souveränen Recht Deutschlands Gebrauch machen, die völkerrechtliche Grundlage dieser ausländischen Truppenstationierung auf deutschem Boden zu kündigen."

Karl Heinz Peil, ein Mitunterzeichner der kommentierten obigen Erklärung, schreibt in seiner Replik "Falsche Selbstbeschränkung – Die Friedensbewegung muss sich an mehr als einer Front engagieren!": "Eine Fokussierung darauf (auf die Kündigung des von Peil so bezeichneten "Truppenstationierungsabkommens mit den USA") wäre aber eine Verengung der vorhandenen Friedensbewegung nach dem Motto 'klein aber fein'"

Daraus erklärt sich das "Sammelsurium" der anderen in der Erklärung erhobenen "Kernforderungen", die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

- Abrüstung, weltweite Kürzung der Rüstungsausgaben (2.) und Konversion (2.+7.)
- Kündigung des Abkommens über die Stationierung der US-Atomwaffen (das es vermutlich überhaupt nicht gibt, weil es in der unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/10/004/1000487.pdf> aufzurufenden Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage der GRÜNEN nicht erwähnt wird) und deren Abzug innerhalb von 12 Monaten sowie der Verzicht auf den Ankauf neuer Atomwaffenträger des Typs F-18 (3.),
- Verzicht auf Kampfdrohnen (4.) (s. dazu auch <https://www.ramstein-kampagne.eu/deine-mail-und-postkarte-gegen-die-deutsche-kampfdrohne/>),
- Verbot des Rüstungsexports (5.).

- Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und Umstrukturierung derselben in eine Verteidigungsarmee durch eine zivile Kommission (6.+8.),
- Ausstieg aus der PESCO (s. <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/europaeische-sicherheit-und-verteidigung/pesco>) und aus Frontex (<https://frontex.europa.eu/de/uber-uns/was-ist-frontex/>) (9.) und
- Mehr Geld für Friedensforschung und Friedensdienste, und gesellschaftliche (staatliche?) Finanzierung der Friedensbewegung (10.).

Die unter 1., 2., 3., 4., 6., 7. und 8. erhobenen Forderungen wären mit der Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und dem Austritt aus der NATO entweder erfüllt oder könnten erst dann ernsthaft angegangen werden. Wenn die Produktion von Angriffswaffen verboten würde, wäre ein Verbot des Rüstungsexports (5.) nicht mehr erforderlich. Wenn die Bundesrepublik als Aufmarschgebiet für die Streitkräfte der USA und der NATO gegen Russland und andere bereits mit Kriegen überzogene Staaten wegfiel und weitere europäische Staaten aus der NATO austräten, wäre eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands möglich, mit der sich laufende Konflikte beenden und neue verhindern ließen. Die PESCO und Frontex (9.) wären dann eh überflüssig.

Was verstehen Reiner Braun und seine Mitunterzeichner unter "gesellschaftlicher Finanzierung der Friedensbewegung"? (10.) Glauben sie wirklich, mit "Staatsknete" oder Geld von irgendwelchen obskuren "Stiftungen" unabhängige Friedensarbeit leisten zu können, oder wollen sie damit nur das "Projekt Marienstraße 19/20, 10117 Berlin" absichern? Das ist die Kontaktadresse nicht nur für die Kampagne Stopp Ar Base Ramstein (s. <https://www.ramstein-kampagne.eu/impressum/>), das International Peace Bureau (s. <http://www.ipb.org/contact/>), das Internationale Netzwerk "No to war – no to NATO" (s. <https://www.no-to-nato.org/network-no-to-war-no-to-nato/impressum-2/>) und WELTNETZ TV (s. <https://weltnetz.tv/impressum>), sondern auch für Abrüsten statt Aufrüsten (s. <https://abruesten.jetzt/kontakt/>), NaturwissenschaftlerInnen für Frieden und Zukunftsfähigkeit (s. <http://natwiss.de/start/ueber-uns/>), die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. (s. <https://vdw-ev.de/impressum/>), die IALANA (s. <https://www.ialana.de/kontakt>), die politische Vertretung von GREENPEACE in Berlin (s. <https://www.greenpeace.de/politische-vertretung>), The Coalition Berlin (s. <http://the-coalition.berlin/impressum/>) und andere Gruppierungen und Unternehmen (die über <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=+Impresum%3A+Marienstr.+19%2F20%2C+10117+Berlin%2C> aufzurufen sind).

Vermutlich haben Reiner Braun, seine Mitarbeiter und gutgläubige Mitunterzeichner diese "Erklärung aus der Mitte der Friedensbewegung" nur in Umlauf gebracht, um orientierungslose Friedensfreunde in der trügerischen Hoffnung zu bestärken, ihr Anliegen sei vor allem bei der Partei DIE LINKE in den besten Händen, und um sie davon abzuhalten, sich der Kampagne NATO raus – raus aus der NATO (s. <http://www.natoraus.de/>) anzuschließen, die mit diesen beiden klaren Forderungen der Friedensbewegung den einzigen Weg weist, der längerfristig den Frieden nicht nur in Europa sichern könnte.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern